

Kampf um Österreichs Budget: Schnedlitz warnt vor EU- Defizitverfahren!

Michael Schnedlitz kritisiert SPÖ-Vizekanzler Babler scharf und warnt vor möglichen EU-Defizitverfahren und den Folgen für Österreich.

Wien, Österreich - FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz hat scharfe Kritik an den politischen Aussagen des SPÖ-Vizekanzlers Andreas Babler geübt, die dieser im Ö1-„Journal zu Gast“ gemacht hat. Schnedlitz sieht in Babler einen Vertreter einer „Verlierer-Ampel“ und beschuldigt ihn, sich vor allem auf Machterhalt und Postenschacher zu konzentrieren. Er warnt, dass die Politik der SPÖ unter Babler Österreich **أخطر** in ein EU-Defizitverfahren steuern könnte, was weitreichende Konsequenzen für die budgetäre Souveränität des Landes hätte und möglicherweise zu höheren Zinsen auf Staatsanleihen führen würde.

Ein zentrales Anliegen von Schnedlitz ist Bablers Verteidigung der Nominierung des ehemaligen ÖVP-Kanzlers Karl Nehammer, die er als parteipolitisch motiviert kritisiert. Zudem äußert Schnedlitz Bedenken hinsichtlich der Personalie des designierten ÖFB-Präsidenten Josef Pröll, der ebenfalls im Verdacht steht, politische Interessen voranzutreiben. Darüber hinaus bemängelt Schnedlitz Bablers mangelndes Engagement als Wohnminister für Mieter in Österreich und sieht die starken Mietensteigerungen in Wien als Versagen der Stadtregierung.

Haushaltskrise und wirtschaftliche Herausforderungen

Die Budgetlage des Landes steht unter Druck, das geschätzte Budgetloch beläuft sich auf ca. 12 Milliarden Euro, was die Regierung vor große Herausforderungen stellt. Diese finanziellen Engpässe haben die Hansestädte und die Koalitionsparteien dazu gezwungen, Einsparungen in Höhe von 6,39 Milliarden Euro in diesem Jahr und über 2 Milliarden Euro im nächsten Jahr einzuleiten, wodurch insgesamt 8,7 Milliarden Euro eingespart werden sollen. Bundeskanzler Christian Stocker bezeichnete die Verhandlungen zwischen der ÖVP, SPÖ und Neos als äußerst herausfordernd und betonte die Abhängigkeit der Projektumsetzung von der Finanzierbarkeit dieser Einsparungen.

Die Wirtschaftsprognosen verheißen wenig Gutes: Für das dritte Jahr in Folge wird mit einem wirtschaftlichen Rückgang gerechnet, was die Finanzlage zusätzlich belasten könnte. Wirtschaftsforscher warnen, dass die geplanten Einsparungsmaßnahmen nicht ausreichen, um ein europäisches Defizitverfahren zu vermeiden. Der Fiskalrat prognostiziert für dieses Jahr ein Defizit von 4,1% und für das kommende Jahr von 3,8%. Trotz dieser unheilvollen Vorhersagen zeigt sich die Koalition optimistisch, die EU-Vorgaben von 3% Defizit einhalten zu können.

Blick auf die Budgetentwicklung

Die Budgetentwicklung für die Jahre 2024 und 2025 wird als herausfordernd angesehen. Die Nettofinanzierungsbedarfe des Bundes von Januar bis September 2024 belaufen sich voraussichtlich auf 15,4 Milliarden Euro. Besonders auffällig sind die stark gestiegenen Ausgaben, die um 13,1 % im Vergleich zum Vorjahr zugenommen haben und vor allem durch höhere Pensionsausgaben und den neuen Finanzausgleich bedingt sind.

Zusätzlich haben eine schwache Umsatzsteuerentwicklung sowie die neuen Krisenmaßnahmen die finanzielle Situation weiter verschärft. Der Fiskalrat und das BMF erwarten eine zunehmende Belastung: Das prognostizierte Maastricht-Defizit für 2024 liegt zwischen 3,3% und 3,9% des BIP. Dies wird die

öffentliche Schuldenquote auf 79,3% des BIP steigen lassen, was nicht nur finanzielle Stolpersteine, sondern auch Herausforderungen für die europäische Integration darstellen könnte.

Insgesamt stellt die politische und wirtschaftliche Lage Österreichs ein komplexes Gefüge dar, in dem strategische Entscheidungen und eine konsistente Finanzpolitik von größter Bedeutung sind, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die kritischere Diskussion um die Budgetpolitik wird nicht nur von politischen Akteuren, sondern auch von Experten genau beobachtet.

Für detaillierte Informationen und weitere Entwicklungen empfehlen wir, die Berichte auf **OTS**, **Profil** und **Parlament** zu verfolgen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.profil.at• www.parlament.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at